

TOP 64:

Verordnung zur Festlegung und Anpassung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2017 (Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2017 - BBFestV 2017)

Drucksache: 402/17

Die Verordnung regelt die Festsetzung der Höhe der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Absatz 1 SGB II. Hierbei gelten landesspezifische Beteiligungsquoten, deren Höhe sich aus den gesetzlich festgelegten Werten nach § 46 Absatz 6 und 7 SGB II sowie denen mit dieser Verordnung festzulegenden beziehungsweise anzupassenden Werten nach § 46 Absatz 8 und 9 SGB II ergeben. Nach § 46 Absatz 10 SGB II ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die landesspezifischen Werte nach § 46 Absatz 8 und Absatz 9 SGB II sowie die sich ergebenden landesspezifischen Beteiligungsquoten für das Jahr 2018 festzulegen und für das Jahr 2017 rückwirkend anzupassen. Grundlage für die Ermittlung der Werte nach § 46 Absatz 8 SGB II bilden die von den Ländern gemeldeten Vorjahresausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach § 28 SGB II und nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes. Aus den Mitteilungen der Länder ergibt sich, dass im Jahre 2016 rund 602 Millionen Euro für diese Leistungen verausgabt wurden. Dies entspricht bei rechnerisch bundesweiten Gesamtausgaben der Kommunen für Unterkunfts- und Heizkosten von rund 14 Milliarden Euro einem bundesdurchschnittlichen Anteil von 4,3 Prozent. Grundlage für die Ermittlung des landesspezifischen Wertes nach § 46 Absatz 9 SGB II bilden die Ergebnisse der Grundsicherungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit über Zahlungsansprüche des vierten Quartals 2016 für laufende Unterkunfts- und Heizkosten von Bedarfsgemeinschaften, in denen mindestens eine erwerbsfähige ausländische Person lebt. Die ausländische Person muss sich in Deutschland auf Grund einer Aufenthaltsgestattung, einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22 bis 26 des Aufenthaltsgesetzes oder einer Duldung aufhalten und hat frühestens ab Oktober 2015 erstmalig SGB II-Leistungen bezogen. Für Unterkunftsleistungen von Bedarfsgemeinschaften mit geflüchteten Leistungsberechtigten wird in dem Verhältnis, in dem die jeweiligen Zahlungsansprüche in einem Land zum Bundesergebnis stehen, ein Betrag von 900 Millionen Euro auf die Länder verteilt. Dies entspricht bei Gesamtausgaben für

Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Absatz 1 SGB II in Höhe von 14 Milliarden Euro einem bundesdurchschnittlichen Anteil von 6,4 Prozent. Unter Berücksichtigung dieser beiden Werte werden die landesspezifischen Beteiligungsquoten ermittelt. Im Bundesdurchschnitt beteiligt sich der Bund mit 46,4 Prozent im Jahr 2017 (rückwirkende Anpassung) und mit 46,9 Prozent im Jahr 2018 (Festlegung) an den Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Der **federführende Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik**, der **Finanzausschuss** und der **Ausschuss für Innere Angelegenheiten** empfehlen dem Bundesrat, der Verordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.